

„Unsinnig und wirkungslos“

Breite Mehrheit im Rat lehnt freiwilligen Bürgerentscheid zu Kraftwerken ab

LÜNEN • Der Antrag auf einen freiwilligen Bürgerentscheid über Kraftwerke führte gestern noch einmal zu einer Generaldebatte im Rat. Mit einem Ergebnis, das schon vorher feststand. SPD, CDU, FDP und Statt-Partei lehnten das Ansinnen der Kraftwerksgegner ab. Grüne und Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) stimmten dafür. Beide Fraktionen mussten sich vorhalten lassen, die Bürger zu täuschen.

„Seien sie so ehrlich den Bürgern zu sagen: Wir fragen euch, können mit eurer Entscheidung aber nichts anfangen, weil sie wirkungslos ist“, sagte CDU-Fraktionschef **Friedhelm Schroeter** (Foto 1). Denn nicht der Rat oder die Bürger entschieden jetzt über das im Stummhafen geplante Trianel-Kraftwerk, sondern einzig die Bezirksregierung Arnsberg.

Aus diesem Grund nannte auch SPD-Fraktionsvorsitzen-

der **Rolf Möller** (Foto 2) ein Bürgervotum unsinnig, kritisierte „eine völlig falsche Suggestion“ auf Seiten der Kraftwerksgegner. „Ich unterstelle mal, dass es eine Mehrheit gegen Trianel gibt. Was machen wir dann damit?“ fragte Möller.

Der SPD-Chef, sein CDU-Kollege **Friedhelm Schroeter** und FDP-Fraktionsvorsitzender **Hubert Walnsch** hoben hervor, dass ihre Fraktionen das Trianel-Kraftwerk unverändert für richtig und wichtig halten. „Wir werden nicht dem vermeintlich mehrheitlichen Zeitgeist hinterher laufen“,

kündigte Schroeter an. „Wir sind nicht erpressbar“, sagte Möller und meinte die angekündigte Gründung der Wählergemeinschaft „Gemeinsam

Für Lünen.“ Grünen-Sprecherin **Erika Roß** (Foto 3) nannte die Zustimmung der Grünen zur Kraftwerksansiedlung im Mai 2006 einen „fatalen Fehler“. Schnell habe man aber erkannt, dass Lünen kein weiteres Kraftwerk trägt. Eindeutig stehe jetzt für die Grü-

nen fest, dass die Mehrheit der Lünener Bürger weitere Kohlekraftwerke nicht wolle. Daher appellierte Erika Roß an den Rat, dem freiwilligen

Bürgerentscheid zuzustimmen. Das tat auch **Dieter Klecha**, (Foto 4), dessen UWG zunächst auch für das Trianel-Kraftwerk war und jetzt dagegen ist. „Wir vergeben uns nichts und können sehen, wie die Bürger denken.“ Immer wenn sich eine große Bürgerinitiative bilde, habe Politik versagt, so Klecha.

Ingbert Kersebohm (Grüne) forderte Trianel auf, die Kosten für einen Bürgerentscheid zu tragen. Einem Investor müsse schließlich daran gelegen sein zu erfahren, ob die Bürger einverstanden sind.

Friedhelm Schroeter warf Kersebohm Doppelmoral vor in dem Sinne, dass der Grüne öffentlich so tue, als gebe es noch Chancen das Trianel-Kraftwerk zu verhindern, während er schon mit Trianel im Namen von Bauern über Entscheidungen verhandle.

■ **Fi-**

› 5. Lokalseite Leserbriefe

› www.RuhrNachrichten.de/luenen

